

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

isabella.brunelli@sbfi.admin.ch

Bern, 10. November 2015

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des ETH-Gesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Amman
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir zur Revision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz) Stellung nehmen können.

Gerne nimmt der SGB diese Möglichkeit wahr, sich zur beantragten Änderung des ETH-Gesetzes zu äussern. Wir begrüssen die grundsätzlichen Entwicklungen in Richtung Corporate Governance und mehr Transparenz. Vorbehalte haben wir in Bezug auf Zulassungsbeschränkungen, die unterschiedlichen Studiengebühren für In- und Ausländer/-innen und der Möglichkeit zur Abberufung des/der Vertreter/in der Hochschulversammlung im ETH-Rat.

Zu den Änderungen im Einzelnen:

Corporate Governance

Art. 3a

Wir sind der Meinung, dass im Bereich der Hochschulen der Begriff „Leistungsauftrag“ beibehalten werden muss, um zu verhindern, dass der Leistungs- bzw. Bildungsauftrag bei einer eventuellen Änderung der strategischen Ziele nicht mehr wahrgenommen werden kann.

Art. 33, Absatz 1

Wir möchten an diesem Punkt nochmals die Bedeutung der jährlich erstellten Berichte durch den Bundesrat zu Handen der parlamentarischen Kommissionen unterstreichen. Wir halten eine transparente und ausführliche Berichterstattung an die Kommissionen für unerlässlich. Zudem finden wir es problematisch, dem Parlament die Genehmigung der strategischen Ziele nicht mehr vorzulegen. Das neu ergänzte Anhörungsrecht des ETH-Rates durch den Bundesrat erachten wir als selbstverständlich.

Art. 33, Absatz 2

Wir begrüssen das Festhalten an den Kernaufgaben der ETH.

Art. 33, Absatz 4

Wir schlagen hier eine sinngemässe Ergänzung zu Absatz 1 vor: Bei der Änderung der strategischen Ziele während der Geltungsdauer sollte dem ETH-Rat ebenfalls ein Anhörungsrecht gewährt werden.

Art. 34

Wir bedauern, dass der durch den ETH-Rat verfasste, jährliche Bericht zur Erreichung der strategischen Ziele dem Parlament nicht mehr zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Dies insbesondere, da gemäss Artikel 34b dieses nach wie vor „den vierjährigen Zahlungsrahmen zur Deckung des Finanzbedarfs des ETH-Bereichs für Betrieb und Investitionen“ festlegt.

Arbeitsverhältnisse und Abberufung**Art. 17) bis und Art. 24**

Wir nehmen zur Kenntnis, dass aufgrund von Corporate Governance-Leitsätzen die Abberufung für Mitglieder des ETH-Rates durch den Bundesrat gewährleistet sein muss und dass mit der jetzigen Gesetzeslage die Möglichkeit der Abberufung für gewisse Mitglieder nicht geregelt ist, da sich die Arbeitsverhältnisse der Mitglieder unterscheiden. Wir begrüssen deshalb die Schaffung einer entsprechenden Gesetzesgrundlage. Aus demokratiepolitischen Gründen braucht es jedoch bei einer Abberufung des/der Delegierten der Hochschulversammlung ein zusätzliches Anhörungsrecht der beiden Hochschulversammlungen vor dem zuständigen Bundesrat.

Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen**Art. 16 a)**

In Zeiten des Fachkräftemangels unterstützen wir die Ausweitung des Ausbildungsbereiches der ETH. Kritisch eingestellt sind wir jedoch gegenüber dem Numerus Clausus, insbesondere im medizinischen Bereich. Wir verstehen das Bemühen um Anpassung an die gängige Praxis. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Schweiz selber medizinisches Fachpersonal in genügender Zahl ausbilden muss, anstatt dieses auf Kosten anderer Länder ausbilden zu lassen. Wir empfehlen deshalb, Abs. 2 zu streichen und stattdessen mit weiteren betroffenen Hochschulen Massnahmen zur Ausbildung von ausreichend medizinischen Fachkräften zu koordinieren.

Art. 34d Abs. 2 und 2bis)

Der SGB setzt sich ein für die Attraktivität des Bildungsstandortes Schweiz. Wir erachten unterschiedliche Studiengebühren für In- und Ausländer/-innen daher als problematisch und kontraproduktiv. Die Schweiz ist auf eine gute internationale Positionierung angewiesen und ausländische Studierende stellen eine Bereicherung dar. Wir nehmen zur Kenntnis, dass gerade an der EPFL in Lausanne und zunehmend auch an der ETH Zürich die Bachelor-Studiengänge von Studierenden mit ausländischem Zulassungsausweis nachgefragt werden. Bereits jetzt sieht Artikel 16a) des ETH-Gesetzes Zulassungsbeschränkungen für Bachelor- und Masterstudierende mit ausländischem Zulassungsausweis aus Kapazitätsgründen vor.

Aus diesen Gründen erachten wir die in Art. 34d Abs. 2 und 2bis formulierte Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Studierenden als überflüssig und schlagen vor, allgemein

von Studierenden zu sprechen. Unterschiedliche Studiengebühren für In- und Ausländer/-innen können wir nicht unterstützen. Aus Sicht des EU-Rechts wären solche zwar nicht unzulässig, aber hochproblematisch, da sie die ohnehin schwierigen Beziehungen mit der EU in der Forschungszusammenarbeit weiter belasten und die Mobilität der Studierenden (u.a. im Rahmen von Erasmus) einschränken.

Die Studiengebühren sollen im Allgemeinen nur mittels Bundesratsbeschluss über die Teuerung hinaus erhöht und differenziert werden. Wir begrüßen die Formulierung „sozialverträglich“ und möchten darauf hinweisen, dass, wer die entsprechenden Fähigkeiten mitbringt, nicht aus finanziellen Gründen an einem Studium gehindert werden soll.

Treuepflicht und Transparenz

Art. 24 c

Im Sinne der Transparenz begrüßen wir die Offenlegung von Interessensbindungen für alle Mitglieder des ETH-Rates.

Erfassung und Bearbeitung von Daten

Art. 36c

Die ETH und die Forschungsanstalten sind unter Umständen darauf angewiesen, im Rahmen von Forschungsprojekten auch Personendaten und, falls erforderlich, besonders schützenswerte Personendaten sowie Persönlichkeitsprofile erfassen und bearbeiten zu können. Wir unterstützen die Schaffung einer entsprechenden Gesetzesgrundlage. Wir messen dem Schutz von Personendaten, insbesondere von schützenswerten Personendaten einen hohen Stellenwert bei.

Art. 36d

Die ETH und die Forschungsanstalten sorgen für den korrekten Umgang mit Personendaten. (Anonymisierung, maximale Aufbewahrungsdauer, Archivierung, Vernichtung). Wir begrüßen dieses Vorgehen und sprechen uns für einen strengen Schutz im Umgang mit Daten aus. Wegen der zunehmenden Digitalisierung erachten wir es zudem als nötig, dass Daten auch technisch optimal geschützt werden.

Art. 36e

Wir begrüßen die im Artikel formulierte Sorgfaltspflicht, die aus Gründen des Datenschutzes und des Schutzes der Persönlichkeitsrechte wichtig ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Regula Bühlmann
Zentralsekretärin